

Eing.: 30.04.2020

**PARTEI-Ratsgruppe,
und Göttinger Linke/ALG-Ratsgruppe
im Rat der Stadt Göttingen**

PARTEI-Ratsgruppe, Hiroshimaplatz 14, 37083 Göttingen

Göttinger Linke/ALG-Ratsgruppe, Hiroshimaplatz 14, 37083 Göttingen

Zimmer 127

Tel.: 0551-400 3077

E-Mail ParteiRatsgruppe@goettingen.de

Zimmer 930

Tel.: 0551-400 3403

E-Mail GoeLinke-ALG-Gruppe@goettingen.de

Göttingen, 06.03.2020

Antrag für die Ratssitzung am 15.05.2020:

Sicherung des Existenzminimums – Corona-Zuschlag auf Sozialleistungen

Der Rat möge beschließen:

Die Stadt Göttingen fordert die Bundesregierung auf und setzt sich bei Arbeitsminister Hubertus Heil dafür ein, zeitnah folgende Voraussetzungen zu schaffen:

1. Für die Zeit der Corona-Krise wird Bedarfsgemeinschaften im Transferleistungsbezug eine monatliche Sonderzahlung in Höhe der Verpflegungskosten in Schule bzw. Kita gewährt, um die entstehenden Mehrkosten für Verpflegung auszugleichen.
2. Für die Zeit der Corona-Krise soll ein monatlicher Zuschlag auf die Sozialleistungen gezahlt werden, um entstehende Mehrkosten aufzufangen.

Begründung:

Die Kostenübernahme der Verpflegung in Schulen und Kitas stellt für die betroffenen Bedarfsgemeinschaften eine finanzielle Entlastung dar, die nun für unerschätzbare Zeit wegfällt. Angesichts eines knapp bemessenen Regelsatzes und gleichzeitig steigender Preise für Lebensmittel, stellt dies viele Familien vor große Probleme.

Durch die Einschränkungen im öffentlichen Leben entstehen für Transferleistungsempfänger*innen neue Probleme, die Sicherung des Lebensunterhalts aufrecht zu erhalten. Für Hygienemaßnahmen entstehen nicht unerhebliche Mehrkosten, die durch Wucherpreise bei Masken und Desinfektionsmitteln noch verschärft werden. Die Schließung der "Tafeln" führt für viel Menschen zu erhöhten Ausgaben bei der Lebensmittelversorgung. Einen Notfallvorrat anzulegen, um die Gänge in den Supermarkt zu reduzieren, ist für die meisten Bedarfsgemeinschaften gar nicht zu leisten.

Im Zuge von Homeschooling können je nach Konzept, Druckkosten für Schulunterlagen entstehen, die teilweise nicht unerheblich sind. Schon vorher mussten Leistungsbezieher*innen mit dem absoluten Existenzminimum leben. Jeder Euro der wegfällt oder der nun mehr ausgegeben werden muss, gefährdet dieses sensible Konstrukt. Von Sozialverbänden und Diakonie wird deshalb ein pauschaler Zuschlag von 100 Euro monatlich gefordert.

erforderliche Unterschriften lagen vor

<https://www.sovd-hh.de/news-service/presse/landesverband/news/petition-100-euro-corona-zuschlag-auf-grundsicherung-und-hartz-iv/>

<https://www.der-paritaetische.de/presse/corona-paritaetischer-fordert-zuschlag-auf-regelsaetze-in-der-grundsicherungaa/>